

Das Jahr VIII der Krise

Gemeinsame Tagung von AMSEL, Arbeitskreis für ökonomische Alternative, ATTAC Graz, Der Funke, Linke Stmk, Steirische Friedensplattform.

Zusammenfassung der Tagung vom 5.1.2016

Österreichische Staatsverschuldung:

Die Staatsverschuldung steigt weiter an. Österreich ist bereits mit 85% des BIP verschuldet. Das Budget und das Parlament wird zusehends zu reiner Makulatur. Zwar ist die USA mit 200% des BIPs verschuldet und damit die Verschuldung anscheinend bedeutungslos - wie aber Griechenland im Jahr 2015 gezeigt hat, kann die Verschuldung von den Kapitalgebern zur Aneignung von Land, Betriebsmittel und zur Aushebelung der parlamentarischen Prozesse genutzt werden. Zwar ist diese Vorgehensweise in Österreich noch nicht notwendig, da die Regierung und das Parlament in vorauseilendem Gehorsam die europäischen und internationalen Wünsche erfüllt, aber die steigende Staatsverschuldung könnte hier als „Absicherung“ dienen. Wie im Kleinen - etwa in Graz - jetzt schon zu sehen ist, können die Schulden der Kommune zur Stadt-Verwertung (Zerstörung des Grünraumes und umwandeln der Lebenswelt in Investitionsgüter) genutzt werden.

Standpunkte der Diskussion:

Die Budgetentwicklung ist kein Zufall. Die Überproduktion und die sinkende Vermarktungsmöglichkeit sind die Grundlage dafür, dass der Staat mit seiner Verschuldungspolitik die fehlenden Markterfolge ausgleicht.

Johann: Das Budget erfolgt nach EU-Vorgabe (siehe auch: www.parlament.gv.at/2FZUSD/2FBUDGET/2FBD_-_Analyse_BFRG_2014_bis_2017_20131004.docx); lässt sich das aus den Budgetzahlen erkennen. [Antwort Wolfgang: Auf die Schnelle sind die Zahlungen an die EU im Budget nicht erkennbar. Sie sind vermutlich in den Posten der Finanzverwaltung und anderen internationalen Fonds enthalten, die zur Analyse genauer betrachtet werden müssten. Was aber zu erkennen ist, ist der steigende Haftungsrahmen für den EFSM (ESM)]. Das Budget ist eine Stelle der Umverteilung von Unten nach Oben.

Mario: Die Prosperität (und das scheinbare Funktionieren des kapitalistischen Systems) der 1950er Jahre hatte seine Wurzeln in den großen Zerstörungen im Krieg. Bereits ab 1960 aber beginnen sich Krisen zu zeigen. Also: Nicht der aktuelle Neokapitalismus verursacht die Sparbudgets sondern man muss an die Wurzel gehen - direkt an den Kapitalismus. Zu Demokratieverlust ist zu bemerken, dass über das Wirtschaftssystem noch nie und nirgends abgestimmt wurde.

Georg: Kredite werden vom Staat immer gemacht. Auch Grasser hatte, trotz 0-Defizit (das jedoch zum Teil Propaganda war) Kredite aufgenommen. Die Quelle der Kredite sind die Profite, die nicht konsumiert werden können.

Johann: Man müsste auf die Budgetlage vor Verabschiedung aufmerksam machen.

André: ATTAC tut das regelmäßig.

Georg: Das nützt gar nichts, die Staatsverschuldung liegt systemisch im Kapitalismus.

Ohne Staatsverschuldung geht es nicht

Die Kritik am Neoliberalismus suggeriert es gäbe so etwas wie einen guten Kapitalismus - wie etwa die Sozialdemokratie glaubt. Wir sehen dabei den Kapitalismus sozusagen von unten nach oben - durch den Schleier des erlebten Neoliberalismus hindurch. Wichtig und richtig wäre es, das Grundmodell zu sehen und das ist der Kapitalismus selbst. Das System, Unternehmer bringt Arbeit und Produktionsmittel zusammen, das System, der Kapitalist lässt Waren produzieren die am Markt zum Tausch angeboten werden ist der Kern. Um dieses System funktionsfähig zu halten, bedarf es zwei Komponenten: Waren und Kaufkraft. Das Problem dabei ist der Profit. Profit ist nicht

verbrauchtes Produkt. Es gibt nun niemanden, der diesen Profit kaufen kann - daher kann das kapitalistische System nicht auf Dauer funktionieren.

Der Neoliberalismus fügt diesem System nun zwei zusätzliche Komponenten hinzu: den Export von Waren und den Import von Kaufkraft (Tourismus). Über den Kapitalmarkt wird eine zeitliche Entkopplung der Kaufkraft ermöglicht. Es werden damit also Grenzen überschritten: räumliche und zeitliche. Dies ist notwendig, das Kapitalismus immer in einem Umfeld existiert. Das Umfeld muß für Ausgleich sorgen. Es existieren aber alle Komponente auch mit ihrem gegenteilig wirkenden Teilen: zum Export etwa gibt es das Pendant des Imports, der das Warenangebot wieder vermehrt und zum Kaufkraftimport gibt es dessen Export. Der Neoliberalismus zerstört damit die Ausgleichsfaktoren des Kapitalismus und dies zwangsläufig: entweder ist der Export so erfolgreich, dass die Produktion im Zielland eingestellt wird und damit im Zielland die Kaufkraft vernichtet wird, oder der Import ist so erfolgreich, dass durch Arbeitsplatzverlust die Inlandskaufkraft verloren geht. Der Kapitalismus, und auch der Neoliberalismus, ist also ein System der zyklischen Krisen. Die Krisenhaftigkeit kann nicht eliminiert werden.

Auch Keynes mit seinem Modell der antizyklischen Staatsinterventionen - also das Investieren auf Basis von Staatsschulden in Krisenzeiten um in Zeiten der Konjunktur die Schulden zu Tilgen und Reserven aufzubauen - kann nicht funktionieren (und hat auch nicht langfristig funktioniert). Der Grund ist einfach: Kein Staat legt Reserven an (oder anders gesagt: die Konjunktur ist nie so gut, dass Schuldenabbau und Reserven möglich sind - außer in der biblischen Geschichte von Josef). Die Entwicklung zur Globalisierung bringt nun den Kapitalismus näher an das theoretische Modell, da Ausweichräume verschwinden. Der Hauptwiderspruch im Kapitalismus kommt damit immer klarer zu Tage: die Kaufkraft wird durch den Kapitalismus nicht bereitgestellt - es entsteht eine Unterkonsumptionskrise. Nach Ernst Mandel kann mit einer Umwegproduktion (durch Herstellung von Produktionsmittel – siehe auch Carl Menger, Eugen Böhm-Bawerk) anstelle der Herstellung von Überschusswaren wieder Kaufkraft geschaffen werden, was aber in Summe die Produktion verteuert - also eine gesteigerte Kaufkraft für die produzierten Waren erfordert.

Nach Rothschild ist Staatsverschuldung die Lösung. Der Staat tauscht die Mehrproduktion gegen Schulden und führt sie so dem Verbrauch zu. Staatsschulden werden NIE gänzlich zurückgezahlt - sie könnten es auch nicht werden. Staatsschulden sind für die Gläubiger aber ein Anspruch auf zu leistende Arbeit.

René: Z.Zt. sind ca. 97% der Vermögen in der Finanzsphäre und nicht in der Produktivwirtschaft. Wolfgang: Kapitalismus ist eine Art der Produktionssteuerung. Gesellschaftlich geht es aber nicht um Geld oder Produktion sondern um Herrschaft. Große Geldvermögen müssen nicht real vorhanden sein, sie müssen nur zur Erlangung von gesellschaftlichen Einfluss ausgewiesen werden. Das Problem der Staatsschuld ist der Rechtsanspruch auf Leistung. Aktuell werden diese Ansprüche mit immer weiteren „Privatisierungen“ eingelöst (Entzug von Lebensraum für Nicht-Kapitalisten). Johann: Auch die Finanzblasen habe eine reale Auswirkung. Es herrscht z.Zt. auch unter den Herrschenden große Angst, dass die Menschen die Zustände durchschauen. Die Angst ist so groß, dass in den Medien Berichte unterdrückt werden. Die Journalistinnen und Journalisten haben Angst vor Repressionen durch die Machthaber.

Wolfgang K.: Die Wirtschaft geht nicht von Überfluss sondern vom Mangel aus. Das Ursprüngliche Modell war dabei einfach: der Gütermarkt, auf den die Waren erworben wurden. Nun haben wir vier Märkte: Gütermarkt, Geldmarkt, Arbeitsmarkt, (?). Aber: Es gibt Regeln, die diese Märkte verändern können - etwa das Bedingungslose Grundeinkommen.

(?): Realwirtschaft und Finanzwirtschaft gehören zusammen - der Kapitalismus hat eben noch Komponenten. Wann der Kapitalismus überwunden ist, können wir nicht sagen. Bis jetzt hat der Kapitalismus aber schon viel aufgesaugt: Bsp. Subsidiarwirtschaft

Herbert: Der Kapitalismus geht nicht nur vom Mangel aus; eine wesentliche Komponente ist die Konkurrenz. Es müsste im Sozialbereich ein anderes Geld geben als im Produktionsbereich, da diese Bereiche Konkurrenzbereiche für Geld sind und Geld, das im Sozialbereich eingesetzt wird,

als weniger Wert angesehen wird als im Produktionsbereich - das ist gelebter Sozialdarwinismus. Es ist die moralische Komponente abhanden gekommen.

René: Keine Regierung kann die Wirtschaft ignorieren - etwa der Präsident von Uruguai, der sagte, er hätte Angst um sein Leben, wenn er die Wirtschaftswünsche ignorieren würde.

Georg: Man soll klar aufzeigen, dass Investitionen im Finanzsektor keinen Beitrag zur Realwirtschaft leisten. Das System ist dabei den Planeten zu zerstören - schon allein deshalb muss der Kapitalismus beendet werden.

Krise- Rüstung - Völkerwanderung

Die Krisen und Kriege im Nahen Osten und in Nordafrika haben vielschichtige Rahmenbedingungen, sind aber fast durchgehend durch Großmachtinteressen verursacht. Auch das Entstehen der ISIS - der jetzigen IS geht auf US-Amerikanische Politik zurück. Treibende Kraft der Konflikte sind die Ölfelder und die Vermutung von weiteren ertragreichen Ölfeldern im Mittelmeerraum. Auch Europa wirkt hier konfliktfördernd mit. Einerseits als Erfüllungsgehilfe US-Amerikanischer Einflüsse aber - wie etwa Frankreich - auch aus eigenen Beweggründen. Generell ist ein Abnehmen der US-Amerikanischen Interessen festzustellen, da sich die USA mehr auf den pazifischen Raum konzentriert. Europa erbt nun mit dem Flüchtlingsstrom die Früchte seiner Politik und hat damit Verantwortung für diese Menschen.

Mario: Wirtschaftsflüchtling vs. Kriegsflüchtling ist eine künstliche Trennung und sollte aufgelassen werden. Dass der Arabische Frühling nicht erfolgreich fortgesetzt werden konnte, liegt daran, dass die Bewegung keine konsequente Führung hatte.

Johann: Die USA hat seit dem 2. Weltkrieg weltweit 47 Kriege geführt oder mitgewirkt. Es geht dabei um Absatzmärkte und Rohstoffe. Bei der arabischen Revolution gelang es auch kaum, eine Solidarität mit europäischen linken Kräften zu erreichen. Das SF in Tunesien war nur ein kleiner Beitrag der Solidarität. Die Bewegung gegen Assad war zuerst eine friedliche Opposition - aber dann haben die Geheimdienste - etwa der USA - Waffen an die Opposition geliefert und massive Propaganda dahingehend gemacht, dass Assad nur mit Waffengewalt zu vertreiben ist. Das war ein zentraler Faktor der Destabilisierung. Die Opposition wurde massiv für Hegemonialinteressen missbraucht.

André: Die AVL liefert nun Panzermotoren nach Syrien.

Johann: In Deutschland kursiert nun die Forderung, die Flüchtlinge sollen die 1 € Jobs machen - dagegen müssen wir uns deutlich aussprechen.

Wolfgang: Warum ist Nordafrika - also die gesamte Region von Libyen bis Irak, von den EU-Plänen eines Freihandelsabkommens mit Afrika ausgenommen.

Johann: Nordafrika war bis vor kurzem eine stabile, entwickelte Region. Beim EU-Freihandelsabkommen handelt es sich im Kern um Land-Grabbing - da ist der Norden aus verschiedenen Gründen ausgenommen.

Helga: Die Organisation der friedlichen Revolutionen war da, aber sie war nicht stark genug. Die beteiligten Organisationen wurden zum Teil bei uns dämonisiert - und damit eine Solidaritätsbewegung sehr erschwert. Jetzt, nach dem Scheitern - etwa in Ägypten - kann trotzdem gesagt werden: die Menschen haben die Erfahrung gemacht, dass sie etwas bewirken können - es kann also jederzeit wieder passieren. Natürlich brauchen die Bewegungen Unterstützung - aber wenn wir zusammenhalten wie die Gegner, ist ein neuer Frühling möglich. Bei Syrien war ein zentraler Punkt, dass plötzlich überall im Nahen Osten neue reiche Ölfelder gefunden wurden. Durch die US-Politik, mit ihrem Schieferöl die Preise zu senken um Russland zu schaden, ist Saudi-Arabien unter Druck gekommen. Nach Ägypten war Syrien der nächste Staat, der die Herrschaft abschütteln wollte - und auch Syrien hat viel Öl. Es ist kein Zufall, dass nun viele Ölfelder in der Hand von IS sind. Es kann so der niedrige Ölpreis gehalten werden.

Georg: Der ägyptische Militärputsch hat eine gewählte Regierung beseitigt - aber: was war an den Moslembrüdern frühlingshaft? Das waren doch Reaktionäre. In Europa war eine Solidarisierung mit

Mursi kaum vorstellbar.

Helga: Das fortschrittliche war: die Moslebruderschaft hat am Freiheitskampf teilgenommen, sie hat sich demokratischen Wahlen gestellt; sie hat demokratische Entscheidungen anerkannt und auch eine pluralistische Demokratie angestrebt - diese Akzeptanz an pluralistischen Gegebenheiten ging sogar so weit, dass sie mit den Generälen zusammengearbeitet haben. Der Untergang der Moslebruderschaft war besiegelt, als sie sich offen zur Unterstützung Palästinas bekannt haben.

Internationaler Stand der Krise, Widerstand, Mobilisierung

Es gibt einen großen Rückgang im Volumen des Welthandels. Die Lohn-Stückkosten nähern sich weltweit an - auch in China. Man kann sagen: die globalisierte Welt hat sich selbst abgeschafft. Der Ölpreisverfall ist durch das Bestreben der USA Russland zu schaden begründet. Russland ist der größte Ölproduzent weltweit. Durch die Senkung des Ölpreises verliert Russland wesentliche Einnahmen.

In Europa ist - bis auf die südlichen Länder - die Zunahme von rechten Gesinnungen zu bemerken. Auch in Lateinamerika scheint der Erfolgskurs der linken Parteien beendet. Selbst in Venezuela kommen Rechte in die Regierung. Gegen linke Regierungen wird vermehrt demonstriert. Bei Sozialbewegungen ist der Versuch zu sehen, sie von rechts zu unterwandern. Das lateinamerikanische Modell, dass in den letzten Jahren immer im Aufschwung war, scheint beendet. Mario: Das Beispiel Venezuela zeigt: wenn Wahlen etwas bewirken würden, wären sie verboten. Die Gründe für den Niedergang in Venezuela sind: Verlust des Kontakts zur Basis, Verlust der fortschrittlichen Programmatik.

Johnn (weiter): Die EU zeigt starke Zerfallstendenzen. Folglich ist ein starker Ausbau der Repressionskräfte zu bemerken. Es gibt einen starken Rechtsruck.

England hat die Krise besser überstanden: besseres Wirtschaftswachstum, bessere Arbeitslosenzahlen - es hat ja nicht den Euro.

Spanien, Portugal sind nach wie vor nicht aus der Krise.

TTIP-Ceta-Tisa, wie verhindern?

Die Kampagnen waren erfolgreich - so erfolgreich, dass Sigmar Gebriel nun zu Gegenkampagnen greift. Zur Zeit haben wir 3,37 Mio Unterschriften. Nachdem Jean-Claude Juncker (EU-Kommission) zuerst die Übernahme dieser Unterschriften verweigert hat, wurden sie nun von Martin Schulz (EU-Parlament) angenommen.

Das Pazifische Freihandelsabkommen (TPP) der USA hat auch in der USA starken Gegenwind. Zum Teil erweist sich die Beschränkung der Kampagne auf TTIP als problematisch, da CETA inzwischen fast unterschriftsreif ist und neu kampagnisiert werden muss.

In Österreich hat die Berichterstattung der Kronen Zeitung ihren Beitrag gegen TTIP geleistet - aber auch in Deutschland ist die Ablehnung von TTIP stark.

ATTAC hat 3 Schwerpunkte bei der Kampagne gesetzt: Gemeinden gegen TTIP, KMUs gegen TTIP und Bauern gegen TTIP:

Es haben sich bereits 300 Gemeinden gegen TTIP erklärt, 2100 KMUs. Die Kampagne für die Bauernschaft läuft gerade an.

Wolfgang: Sollten wir, um alle Handelsabkommen zu erfassen, nicht so etwas wie eine einfache Checkliste zur Bewertung von Handelsabkommen auflegen oder eine Liste der laufenden oder geplanten Handelsabkommen mit einer Bewertung?

René: Ist nicht nötig. Diese Handelsabkommen werden rückhaltlos abgelehnt. Es gibt keinen sinnvollen Bedarf für diese Abkommen. Wir wollen andere, sozialere Handelsabkommen.

Die große Gefahr ist, dass Teile der Abkommen vorab in Kraft gesetzt werden und dann nicht mehr wegzubekommen sind.

BDG u. AZV gegen Dauerarbeitslosigkeit

Nächstes Jahr soll es in der Schweiz über das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) geben. Vermutlich wird 2017 auch in Finnland eine Modellregion eingerichtet (<https://www.grundeinkommen.de/>).

Es läuft auch ein Experiment eines Vereins, der zur Einzahlung auffordert und damit für einen ein Grundeinkommen in der Höhe von 1000 € verlost (siehe: <https://www.mein-grundeinkommen.de/start>).

Wie ein Grundeinkommen real aussehen soll ist noch offen. Es gibt unterschiedliche Finanzierungsmodelle - aber da Ziel ist es, für Besitzlose einen Rechtsanspruch auf ein Einkommen in einer Höhe, die aktive Teilnahme am sozialen Leben ermöglicht.

Hermann: Ein BGE würde zu einem würdevolleren Leben für die Besitzlosen führen - und das widerspricht den Idealen des Kapitalismus. Das BGE spielt bei den Aktivisten keine Rolle. Kämpfe um Grundeinkommen gibt es nicht - auch nicht von denen, die es bräuchten.

Mit welchen Kräften die Gesellschaft verändern?

Das Klassenmodell der 2 Klassen Kapitalisten und Arbeiter ist nach wie vor gegeben. Nur die Arbeiterklasse kann gesellschaftsverändernd wirken. Bauern sind inzwischen zu wenige und haben durch ihren Grundbesitz eine geringere Motivation. Nur die Arbeiterklasse - als die Besitzlosen, die in ihrer Existenz davon abhängig sind, dass sie ihre Arbeitskraft vermarkten. haben das Bewusstsein und das Potential zu Gesellschaftsveränderung. In diese Arbeiterklasse sind auch die Arbeitslosen erfasst, da sie in ihren Existenzmöglichkeiten ebenso von den Kapitaleignern abhängen.

Aber die Arbeiterklasse (Besitzlose) haben über Streik und über ihre Solidarität das Potential zur gesellschaftlichen Veränderung. Die Arbeitervertretungen verändern jetzt bereits den Kapitalismus: bei Lohnerhöhungen, bei Arbeitszeitverkürzung greift die Arbeiterschaft in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse ein. Auch wenn diese Veränderungen nicht weit genug gehen, da sie das System unangegriffen lassen.

Die Arbeiterklasse hat zentrale Macht. Sie leisten den Wertschöpfungsprozess. Ein Generalstreik legt die Profitmöglichkeiten lahm. Der politisch bewusste Teil der Arbeiterklasse ist der Motor der Protestaktionen. Ab ca. 1960 ist eine Zunahme von Klassenkämpfen zu sehen: 1968 - Generalstreik in Frankreich; 1969 in Italien; 1980 England - mit der Krisenbewältigung durch Thatcher; nach 2008 auch große Demos in Österreich (bis heute - siehe: <https://carerevolution.wordpress.com/>).

Hermann: Bezüglich „Krise“ ist nochmals festzuhalten: es gibt nicht „die Krise“. Wir haben 3 Krisen: Finanzkrise, Ökologische Krise; soziale Krise. Diese Krisen treten gemeinsam auf. In Europa gibt es nur in ein paar Ländern linke erfolge: zuerst Griechenland, heute Spanien und auch England. Generell gibt es aber in der EU heute erfolge der Rechtspopulisten. Was sich da in Osteuropa abspielt, ähnelt sehr der Zwischenkriegszeit. Die linken Kämpfe haben heute defensiven Charakter, In den 1970er Jahren waren die Kämpfe viel offensiver (Besetzungen usw.). Die heutigen Verhältnisse erlauben nur defensive Kämpfe. In der Realpolitik sind diverse Kräfte auch bürgerlich die defensiv sind. Es muss da einen solidarischen, undogmatischen Dialog geben. „Plan -B- Diskurs“ am 23. u. 24. 1. in Paris u.a.). Weitere Termine: 11.-13.3. Wroclaw (Breslau); das Weltsozialforum 9.-14.8. in Montreal.

Zu erwähnen ist auch, dass die aktuelle Flüchtlingswelle ein Totalversagen der Regierung(en) gezeigt hat. Was funktioniert hat, war die Zivilgesellschaft und auch der Protest gegen das Regierungsversagen (2 Demos in Wien. eine mit 40 000, die andere mit 60 000 Teilnehmern - beim Protest-Rock-Konzert waren vermutlich 150 000). Aber das hat nicht zu einer politischen Konsolidierung der Aktivisten geführt. Die Menschen haben geholfen, halten sich aber vermehrt von der Politik fern.

Die Frage, wie die Arbeiterklasse heute zu sehen ist, sollte eine eigene Diskussionsrunde sein. Das Fernziel sollte aber doch eine Linke Kandidatur bei Wahlen sein.

Die Klima-Frage ist aktuell stark in den Köpfen - da könnten wir die politische Dimension einbringen: Sytemwandel statt Klimawandel.

Margit: AMSEL veranstaltet am 29.2. wieder den Prækariatstag - eine breite Beteiligung ist erwünscht.